Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Ausschussbetreuender Fachbereich **Jugend und Soziales**	Datum **16.03.2006**
	Schriftführer Telefon-Nr. **Hans-Jörg Fedder** **02202/14-2865**
Niederschrift	
Sozialausschuss	**Sitzung am** **Mittwoch, dem 8. März 2006**
Sitzungsort Rathaus Bensberg, Ratssaal, Wilhelm-Wagener-Platz, 51429 Bergisch Gladbach	Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis) 17:00 Uhr - 18:48 Uhr
	Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis) keine
Sitzungsteilnehmer Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis	
Tagesordnungspunkt	
Inhalt	

A <u>Öffentlicher Teil</u>

1. **Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit** *Seite A 3*

2. **Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 07.12.2005 - öffentlicher Teil -** *Seite A 3*

3. **Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 07.12.2005 - öffentlicher Teil**
53/2006 *Seite A 3*

4. **Mitteilungen der Vorsitzenden** *Seite A 4*

5. **Mitteilungen des Bürgermeisters**
56/2006 *Seite A 4*

6. **Vorstellung der Freiwilligen-Börse**
58/2006 *Seiten A 4 f*

7. **Berufung der Mitglieder des Beirates für die Belange von Menschen mit Behin-**

derungen durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach
52/2006 *Seiten A 5 f*

8. Sozialatlas 2004
10/2006 *Seiten A 6 ff*

9. Anträge der Fraktionen

9.1 Antrag der FDP-Fraktion zur Überprüfung der Wirksamkeit im Bereich der Zuschussgewährung
77/2006 *Seite A 8*

9.2 Antrag der FDP-Fraktion betr. Löwenpass
82/2006 *Seiten A 8 f*

10. Anfragen der Ausschussmitglieder *Seite A 10*

B Nichtöffentlicher Teil

1. Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 07.12.2005 *Seite B 1*

2. Mitteilungen der Vorsitzenden *Seite B 1*

3. Mitteilungen des Bürgermeisters *Seiten B 1 f*

4. Anfragen der Ausschussmitglieder *Seite B 2*

Protokollierung

A Öffentlicher Teil

1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung und der Beschlussfähigkeit

@->

Die Vorsitzende, Frau Schöttler-Fuchs eröffnet die fünfte Sitzung des Sozialausschusses in der siebten Wahlperiode des Rates der Stadt Bergisch Gladbach. Sie stellt fest, dass der Sozialausschuss ordnungsgemäß und rechtzeitig einberufen wurde und beschlussfähig ist.

Entschuldigt haben sich

- beide Vertreter des Seniorenbeirates (Frau Coester und Herr Kölschbach),
- Herr Lahres von der Fraktion KIDitiative, der nicht vertreten wird,
- Herr Kraus von der CDU-Fraktion, der von Frau Bendig vertreten wird,
- Herr Pick von der CDU-Fraktion, der von Frau Lehnert vertreten wird und
- Herr Hoffstadt von der SPD-Fraktion, der von Herrn Becker vertreten wird.

Weiterhin begrüßt Frau Schöttler-Fuchs Frau Hardt, Herrn Fleischer und Herrn Dr. Freund von der Freiwilligenbörse, die zu Tagesordnungspunkt A 6 vortragen werden.

<-@

2 Genehmigung der Niederschrift aus der Sitzung des Sozialausschusses am 07.12.2005 - öffentlicher Teil -

@->

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

<-@

3 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus der Sitzung des Sozialausschusses am 07.12.2005 - öffentlicher Teil

@->

Frau Münzer (CDU-Fraktion) verweist auf die Beantwortung ihrer Anfrage aus der letzten Sitzung dieses Ausschusses und möchte wissen, ob der Integrationsbeirat künftig im Gebäude Rosenhecke tage. Hierzu erklärt Herr Scherer, in diesem Gebäude stehe ein Raum für gelegentliche Tagungen des Integrationsbeirates zur Verfügung. Wegen seiner geringen Größe komme dieser Raum aber nur für Vorstandssitzungen in Betracht. Im Fachbereich Jugend und Soziales könnten demnächst keine geeigneten Besprechungsräume mehr zur Verfügung gestellt werden.

Zur Anfrage Frau Schöttler-Fuchs' zur MIA erklärt Herr Dekker, dass das schon für Ende Januar angekündigte Gespräch nunmehr am 18.03. stattfindet. Der Termin habe sich verzögert, da er mit verschiedenen Teilnehmern abgestimmt werden musste. Über das Gespräch könne er in der nächsten Sitzung berichten.

Die Vorlage wird ansonsten zur Kenntnis genommen. <-@

4 Mitteilungen der Vorsitzenden

@->

Frau Schöttler-Fuchs trägt keine Mitteilungen vor.

<-@

5 Mitteilungen des Bürgermeisters

@->

Herr Hastrich erklärt, zum SGB II gebe es ein 1. Änderungsgesetz. Dieses schränke die Möglichkeiten unter 25-jähriger, aus dem elterlichen Haushalt auszuziehen, massiv ein. Ein Auszug soll nur noch nach vorheriger Zustimmung durch den kommunalen Träger nach SGB II zulässig sein. Die Änderung gilt ab dem 01.04.2006; Stichtag ist der 17.02.2006. Wer ohne Zustimmung auszieht, erhält keine Kosten der Unterkunft mehr. Unter 25-jährige erhalten zukünftig nur noch 80% des Eckregelsatzes; auch dann, wenn ein Auszug ohne die erforderliche Zustimmung erfolgt.
Änderungen ergeben sich auch im Hinblick auf Mietkautionen und -schulden. Die Regelungen des SGB II wurden denen des SGB XII angeglichen. Solche Leistungen können zukünftig als Darlehen gewährt werden. Die Darlehensgewährung führe zu einer Einbehaltung eines Teiles der Leistungsgewährung.

<-@

6 Vorstellung der Freiwilligen-Börse

@->

Herr Fleischer bedankt sich zunächst für die Einladung und erläutert Zielsetzung und Arbeitsweise der Freiwilligen-Börse.

Verschiedene Ausschussmitglieder begrüßen ausdrücklich die Arbeit der Freiwilligen-Börse. Die gestellten Anfragen werden wie folgt beantwortet:

Die Finanzierung der Freiwilligen-Börse erfolgt ausschließlich durch Mitgliedsbeiträge. Der Arbeitersamariterbund, in dessen Gebäude die Freiwilligenbörse untergebracht sei, ist selbst Mitglied der Freiwilligen-Börse und überlasse dieser das Büro nahezu unentgeltlich. Außerdem könne die Freiwilligen-Börse die Infrastruktur des ASB mitbenutzen.
Rückmeldungen der Einrichtungen und der vermittelten Ehrenamtler erfolgen in der Regel nicht. Die Freiwilligen-Börse müsse von sich aus bei der Organisation bzw. dem Bewerber anrufen. Viele Bewerber würden sich melden, wenn die Organisation für sie nicht die richtige sei. Die Kommunikation sei in diesem Bereich verbesserungswürdig.
Die Freiwilligen-Börse habe Kontakt mit etwa 120 gemeinnützigen Organisationen. Nur an diese Organisationen würden Bewerber vermittelt. Eine Vermittlung an Einzelpersonen sei aus Kapazitätsgründen nicht möglich. Die Informationen über diese Organisationen seien inzwischen bis zu fünf Jahre alt. Derzeit würden die Informationen aktualisiert, in dem die Organisationen nochmals mittels Fragebögen um Auskunft ersucht würden. Weiterhin rufe die Freiwilligen-Börse bei der jeweiligen Organisation an, wenn das Profil eines Freiwilligen erstellt worden sei und bevor dieser vermittelt werde.
Inzwischen haben sich rund 270 Freiwillige gemeldet, die bislang zur Hälfte vermittelt wurden. Ob die vermittelten Freiwilligen noch in ihren Organisationen tätig sind, ist nicht bekannt. Von den nicht vermittelten Freiwilligen hätten sicher einige das Interesse verloren. Einige Interessenten sind nicht vermittelbar.
Unter den Interessenten für eine freiwillige Tätigkeit gebe es drei Gruppen:

- diejenigen, die sich für bestimmte Tätigkeiten interessieren,
- diejenigen, die bestimmte Tätigkeiten nicht wahrnehmen möchten und
- diejenigen ohne konkrete Vorstellungen.

Bedauerlich sei, dass viele interessierte Freiwillige die Freiwilligen-Börse nicht kennen. Es liege daher sehr im Interesse der Freiwilligen-Börse, sich bekannt zu machen. Zwar würden gelegentlich die Sprechstunden in den Zeitungen bekannt gemacht. Für umfangreiche Artikel fehle aber das Geld. Auch sei die Freiwilligen-Börse durch Sponsoring in das Internet der Stadt Bergisch Gladbach eingebunden. Gleichwohl sei das Interesse der Freiwilligen-Börse groß, sich anderweitig wie z. B. in der heutigen Sitzung vorstellen zu können.
Gefragt sei seitens der suchenden Organisation eher eine kontinuierliche als eine projektbezogene Mitarbeit. Erfreulich sei, dass immer mehr Männer zur Übernahme eines Ehrenamtes bereit seien. Sie hätten ganz bestimmte Vorstellungen über organisatorische Tätigkeiten, die sie innerhalb einer Organisation ausüben wollen. Diese Interessenten seien nur schwer zu vermitteln.
Die Tatsache, dass Mitglieder der Freiwilligen-Börse auch Arbeitskräfte suchen, habe keinen Einfluss auf die Tätigkeit der Freiwilligen-Börse. Einmal jährlich finde eine Mitgliederversammlung der Freiwilligen-Börse statt, während der über die Arbeit der Freiwilligen-Börse diskutiert werde. Darüber hinaus sei die Freiwilligen-Börse in ihrer Arbeit frei. Es sei nicht Aufgabe eines Ehrenamtlers, eine hauptberufliche Kraft zu ersetzen. Vielmehr hätten Freiwillige unterstützende Aufgaben, durch deren Erfüllung das eigentliche Personal entlastet würde. Kontrolliert werden könne dies aber nicht.
Es sei auch feststellbar, dass infolge der Schaffung von Arbeitsgelegenheiten der Einsatz von Freiwilligen zurückgehe.

Frau Hardt bedankt sich für die Möglichkeit, sich im Sozialausschuss vorzustellen.

Frau Schöttler-Fuchs bedankt sich für die Darlegungen und wünscht der Freiwilligen-Börse viel Erfolg.

<-@

7 Berufung der Mitglieder des Beirates für die Belange von Menschen mit Behinderungen durch den Rat der Stadt Bergisch Gladbach

@->

Herr Hastrich erklärt, die Tischvorlage beziehe sich auf Seite 18 der gedruckten Einladung. Herr Jahnke stehe als stellvertretendes Beiratsmitglied für den Behindertensport aus gesundheitlichen Gründen nicht zur Verfügung. Auf Vorschlag der Behindertensportgemeinschaft soll Herr Jahnke durch Herrn Konstantin Kolter ersetzt werden.
Er erinnert daran, dass die Satzung für den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen neu gefasst wurde. Diese Neufassung war zur Umsetzung des Landesbehindertengleichstellungsgesetzes erforderlich. Die Rechtsgrundlage für den bisherigen Beirat ist somit weggefallen, sodass durch den Rat ein neuer Beirat gewählt werden muss.
Nach öffentlichem Aufruf und Anschreiben der betreffenden Organisationen hatte jede Organisation Gelegenheit, der Verwaltung Vorschläge zu unterbreiten. Diese Vorschläge sind in der Vorlage enthalten, wobei die Kriterien der Satzung zu berücksichtigen waren. Die Satzung stellt darauf ab, dass die verschiedenen Formen der Behinderung möglichst im Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen vertreten sein sollen.

Auf Anfrage Frau Lehnerts (CDU-Fraktion) erklärt Herr Hastrich, es wären alle Altersklassen vertreten.

Auf Anfrage Herrn Gerhards (FDP-Fraktion) erklärt Frau Allelein, dass für die Auswahl der Beiratsmitglieder bestimmte Kriterien zu berücksichtigen waren. Zum einen sollten alle Behinderungsarten vertreten sein, damit der Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen mit Betroffenen besetzt ist. Dabei sind in der Reihenfolge zu berücksichtigen:

- der behinderte Mensch selber
- der Mensch, der behinderte Angehörige versorgt
- die Einrichtung, die sich direkt mit Menschen mit Behinderung befasst (bei psychisch und geistig behinderten Menschen)
- die Träger, die Einrichtungen unterhalten

Neben der Behinderungsart und der Nähe zum Menschen mit Behinderung ist der Wohnort zu berücksichtigen, da aufgrund ortsrechtlicher Vorschriften nur Beiratsmitglieder berücksichtigt werden können, die ihren Wohnsitz in Bergisch Gladbach haben.
Teilweise hätten sich mehrere Kandidaten beworben. Es wurden mit diesen Bewerbern Gespräche geführt. Innerhalb der Behinderungsarten wurde abgesprochen, wer welchen Platz übernimmt. Ein Verein (Pro Retina) ist nicht in Bergisch Gladbach ansässig und konnte daher nicht berücksichtigt werden.

Der Sozialausschuss fasst folgenden

Beschluss: (einstimmig)

> Der Sozialausschuss empfiehlt dem Rat, die in der Vorlage vorgeschlagenen Bewerber unter Beachtung der vorgetragenen Änderung in den Beirat für die Belange von Menschen mit Behinderungen zu wählen.

<-@

8 Sozialatlas 2004

@->

Frau Schöttler-Fuchs verweist auf die Beratung des Sozialatlasses im Jugendhilfeausschuss.

Herr Schnöring (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) lobt die Verwaltung für die vorliegende Fortschreibung. Der Sozialatlas sei häufig Grundlage für politische Diskussionen innerhalb seiner Fraktion und auch für politische Entscheidungen gewesen.
Auf seine Frage hin erklärt Herr Hastrich, im Jugendhilfeausschuss ging die Diskussion insbesondere um die Aussagekraft der Daten. Die einzelnen Bezirke seien sehr unterschiedlich zugeschnitten. Die Verwaltung habe in Aussicht gestellt, sich verwaltungsintern um ein Verfahren zu bemühen, welches auf Dauer besser vergleichbare Daten liefert.

Herr Dr. Bernhauser (CDU-Fraktion) schließt sich grundsätzlich dem Lob Herrn Schnörings an. Die Verwaltung sehe selbst die Notwendigkeit kleinräumig erfasster Daten. Innerhalb der Wohnbereiche wurden Wohnplätze zusammengelegt, in denen die soziale Infrastruktur nicht integriert sei und die daher nicht zusammen passen.
Aus den Vergleichsdaten 2004 zu 2000 ließen sich Entwicklungen ablesen. Ihm stelle

sich die Frage, wie als problematisch eingeschätzte Entwicklungen abgemildert werden können oder ihnen gegenzusteuern sei. Aufgrund der Problemanalysen zeige sich, dass vor allen Dingen Bockenberg, Gronau und Hand mit Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund, Arbeitslosen unter 25 und Sozialhilfeempfängern hoch belastet sind. Es sei zu prüfen, ob städtische Einrichtungen oder Einrichtungen gemeinnütziger freier Träger dort angesiedelt sind, wo sich Probleme häufen. Dies sei die von ihm bevorzugte Lösung. Daher wünsche er sich als Ergänzung der Datenerhebung eine Angebotsstruktur sozialer Dienste.
Herr Hastrich hält die Frage nach dem Nutzen der Daten für berechtigt, sieht eine Auflistung sozialer Dienste aber nur als Teilantwort. In Bergisch Gladbach würden soziale Dienste fast ausschließlich durch freie Träger angeboten. Daher würde die Verwaltung mit den freien Trägern unter diesem Gesichtspunkt sprechen. Als Ausfluss dieser Daten befasse sich der Jugendhilfeausschuss in seiner nächsten Sitzung mit einem Vorschlag zu einer neuen Schwerpunktsetzung in Gronau einschließlich des Hermann-Löns-Geländes. Dort wolle die Verwaltung eine präventive Neuausrichtung der Jugendhilfe organisieren.
Das Datenmaterial werde aber auch bei anderen Aufgabenstellungen berücksichtigt.

Frau Münzer möchte wissen, ob die sozialpädagogische Familienhilfe zentral tätig sei oder ob sie auch vor Ort schneller tätig werden könne.

Herr Dr. Bernhauser stimmt Herrn Hastrich dahingehend zu, dass mit den freien Trägern Vereinbarungen geschlossen werden müssen, damit sich diese auf die besonders belasteten Wohnviertel konzentrieren. Gleichwohl gingen seine Vorstellungen über die Jugendhilfe hinaus. So sollen in belasteten Wohngebieten wie z. B. in Bockenberg allgemeine soziale Anlauf- und Beratungsstelle auch für Eltern eingerichtet werden, da viele Kinder später dieselben Probleme hätten wie ihre Eltern. Daher halte er die Entwicklung eines Konzeptes für sinnvoll, das die Angebote sozialer Arbeit in diesen Gebieten ansiedelt. Dort sei auch gemeinwesenorientierte Arbeit nötig.

Herr Schnöring verweist darauf, dass diese Ideen in Richtung Familienzentren tendierten. Die Verwaltung habe bereits überlegt, den ASD und die Familienhilfe vor Ort anzusiedeln. Fraglich sei angesichts der finanziellen Lage der Stadt nur die Umsetzung dieser Ideen.

Herr Bierganns (Fraktion Bürger für Bergisch Gladbach und Bensberg) verweist auf verstärkte Polizeieinsätze in der Willy-Brandt-Straße im Hermann-Löns-Gelände. Dort scheine ebenfalls ein sozialer Brennpunkt zu sein.

Herr Hastrich hält die Anregung, die sozialen Dienste aufzulisten, für hilfreich. Eine Sozialberatungsstelle werde in der Form nur von der evangelischen Kirche unterhalten und auch aus eigenen Mitteln finanziert. Die Stadt leiste Sozialberatung in aller Regel im Zusammenhang mit der Leistungsgewährung im Kundencenter Bergisch Gladbach oder im Rahmen der Leistungsgewährung nach dem SGB XII im Stadthaus An der Gohrsmühle. Der Allgemeine Soziale Dienst führe selbstverständlich auch Besuche in der jeweiligen Wohnung durch. Auch im Bereich der (ambulanten) Jugendhilfe gelte dies. Ähnliches dürfte für die freien Träger gelten. Man könne natürlich darüber nachdenken, ob im Zuge einer sozialräumlichen Orientierung der Jugendhilfe Mitarbeiter im Kontext eines Sozialraumes gemeinsam sozialpädagogische Familienhilfe erbringen. Dort könnten jenseits der einzelfallbezogenen Leistungen andere Ressourcen erschlossen werden.

Im Sozialbereich gebe es jenseits der Leistungen nach dem SGB VIII und der ambulanten Pflege so wenige professionelle Dienstleistungen, dass diese nicht im Rahmen einer sozialräumlichen Verteilung organisiert werden können.
Bei solchen Überlegungen sei auch die Finanzierung zu prüfen.
Die Äußerungen zum Hermann-Löns-Gebiet teile er. Daraus resultiere auch die Absicht der Verwaltung, dem Jugendhilfeausschuss einen Vorschlag zu unterbreiten, der die Problematik in Gronau einschließlich des Hermann-Löns-Gebietes aufgreife.
Zur Frage der Dezentralisierung und der Zusammenfassung der Problemlagen verweist Herr Dr. Bernhauser darauf, dass Familien und Alleinstehende in solchen Problemlagen oftmals mehrere Probleme hätten, denen nicht durch verschiedene Spezialangebote begegnet werden könne. Vielmehr müssten diese Fälle ganzheitlich wahrgenommen werden. Dafür seien dezentral angesiedelte Anlaufstellen gut. Deshalb spreche er sich dafür aus, über ein entsprechendes Konzept nachzudenken. Gleichwohl sehe er auch, dass für zusätzliche Stellen kein Geld zur Verfügung stehe. Das vorhandene Geld solle gezielt eingesetzt werden für die Gruppen, die am ehesten einer Unterstützung bedürfen, und in den Wohngebieten, in denen die Not am größten ist. Innerhalb dieses Konzeptes müsse auch über breiter aufgestellte Fachdienste nachgedacht werden.

Frau Schu (CDU-Fraktion) verweist auf Zeitungsberichte, nach dem mehrere Landräte Sozialämter zusammenschließen möchten. Sie möchte wissen, ob daran auch der Rheinisch-Bergische Kreis beteiligt sei.

Herr Hastrich erklärt, über eine Neuausrichtung der sozialen Landschaft könne in einer der beiden nächsten Sitzungen anhand einer Auflistung der sozialen Dienstleistungen in Bergisch Gladbach diskutiert werden. Hinzugefügt würden das Budget des Fachbereiches für den Bereich Soziales sowie eine Übersicht über die Zuständigkeiten der Stadt, des Kreises und der K-A-S. Allein daran ließe sich erkennen, wie komplex das Thema sei. In diesem Zusammenhang verweist er auch auf die Vorteile, die das SGB II durch die Einrichtung der Fallmanager biete.
Die Initiative der Landräte verstehe er so, dass die Anzahl der in Geld ausgezahlten Sozialleistungen gebündelt und in einer Behörde zusammengefasst werden sollen.

<-@

9 Anträge der Fraktionen

9.1 Antrag der FDP-Fraktion zur Überprüfung der Wirksamkeit im Bereich der Zuschussgewährung

@->

Herr Gerhards verweist auf die Beratung eines identischen Antrages seiner Fraktion im Jugendhilfeausschuss und erklärt, er sei mit der Antwort der Verwaltung zufrieden. Er verzichtet auf eine Abstimmung.

<-@

9.2 Antrag der FDP-Fraktion betr. Löwenpass

@->

Herr Gerhards begründet und erläutert den Antrag seiner Fraktion.
Herr Schnöring hält weitere Diskussionen der Frage für sinnvoll, wer mit dem Löwenpass gefördert werden soll. Er halte nichts von dem Vorschlag, mit dem Löwenpass verstärkt kinderreiche Familien zu unterstützen. Vielmehr sei der Löwenpass für Einkommensschwache eingeführt worden. Dabei solle es auch bleiben. Zu prüfen sei,

ob in diesem System jemand vergessen worden sei. Die Idee der FDP-Fraktion halte er grundsätzlich für richtig.

Frau Münzer stimmt diesen Ausführungen zu. Auch sie habe festgestellt, dass einkommensschwache Gruppen aus dem System herausgefallen seien. Sie begrüße den Antrag grundsätzlich, befürworte aber eine Ausdehnung des Geltungsbereiches des Löwenpasses auf private Anbieter. Hier seien aber genauere Prüfungen erforderlich.

Herr Galley (SPD-Fraktion) begrüßt die Intention des vorliegenden Antrags, verweist aber auf die für die nächste Sitzung vorgesehene Beratung. Er hält an seiner in der letzten Sitzung geäußerten Auffassung fest, dass ein Schwerpunkt auf der Förderung von Kindern, die in Armut leben, liegen soll.

Frau Schu fasst unter einkommensschwache Menschen nicht nur Hartz IV-Empfänger, sondern auch Erwerbstätige mit einem geringen Einkommen. Auch diese sollten einen Löwenpass erhalten.

Herr Dr. Bernhauser verweist auf den zu erwartenden Vorschlag der Verwaltung für die neuen Richtlinien. Dabei sollten die Grundideen des vorliegenden Antrags Berücksichtigung finden. Zum einen handele es sich um eine bürgerfreundliche Perspektive, den Löwenpassinhabern mehr Wahlfreiheiten einzuräumen. Zum anderen sei der Ansatz auch problemorientiert, da er bestimmte Anbieter möglicherweise dazu bringt, ihr Angebot daraufhin zu überprüfen, ob es besonders benachteiligte Bevölkerungsgruppe ausschließt. Städtische Einrichtungen wie die Bücherei sollten Löwenpassinhaber aktiv umwerben.

Herr Gerhards erklärt, seine Fraktion habe bewusst kein fertiges Konzept vorgelegt. Ihm gehe es vordringlich darum, dass die Verwaltung zur nächsten Sitzung zu den einzelnen Punkten des Antrags Stellung nimmt. Seine Intention des Antrags sei nicht, sich auf die Förderung von Kindern festzulegen. Ihm gehe es darum, den Personenkreis zu erreichen, der sonst von der Teilnahme an der Gesellschaft ausgeschlossen sei.
Hinsichtlich der Berücksichtigung privater Anbieter verweist er darauf, dass die VHS wegen der öffentlichen Förderung Sportkurse preiswerter anbieten könne als ein privater Verein.

Herr Hastrich erklärt, dass die nächste Beratung dieses Themas bereits in der Sitzung am 10.05. erfolgt, damit eine eventuell erforderliche weitere Beratung in der Sitzung am 23.08. erfolgen könne. Der Entwurf der Verwaltung könne auch zwischen den beiden Sitzungen in einem interfraktionellen Arbeitskreis beraten werden. Dies solle sicherstellen, dass frühzeitig die zum 01.01.2007 in Kraft tretenden Richtlinien vorliegen.

<-@

10 Anfragen der Ausschussmitglieder

@->

Frau Münzer:

Im Zusammenhang mit meiner Vorbereitung auf den Sozialatlas habe ich mich auch

mit ausbeuterischer Kinderarbeit befasst. Kauft die Stadt Bergisch Gladbach Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit? Sind der Stadt Lieferanten der Stadt mit einem Hintergrund dieser ausbeuterischen Kinderarbeit bekannt? Der Vergabeausschuss hat sich sicherlich schon mehrfach mit diesem Thema befasst. Mir liegt ein Prospekt mit einer langen Liste solcher Produkte vor.
Neben Transfair gebe es auch noch andere Siegel, die beim Kauf solcher Waren beachtet werden sollte. Sehr viele Informationen gebe es auch über Eine-Welt-Zentren. Eine Antwort bis zur nächsten Ausschusssitzung sei nicht zwingend erforderlich; vielmehr sehe sie ihre Fragen als Hinweis und Denkanstoß.

Herr Dr. Bernhauser:

Im Rahmen von Hartz IV übernimmt die Stadt Bergisch Gladbach für Empfänger von Arbeitslosengeld II Miete und Heizkosten. In diesem Zusammenhang geht es oft um die Frage der Angemessenheit von Wohnungsgrößen und damit grundsätzlich um die Frage preiswerten Wohnraumes. Ich halte es deswegen für dringend erforderlich, dass sich der Sozialausschuss über den Bestand und den Bedarf an Wohnbauförderung und Sozialwohnungen in Bergisch Gladbach ein Bild macht. Solche Fragen müssten mindestens mittelfristig angegangen werden.
Herr Hastrich schlägt vor, das Thema in einer der nächsten Sitzungen dieses Ausschusses zu behandeln und dazu den Wohnungsbericht zur Verfügung zu stellen.

Frau Schöttler-Fuchs:

Wie ist die Stadt Bergisch Gladbach in der Gesundheitskonferenz des Kreises vertreten? Mit welchen Themen hat sie sich 2005 befasst und welchen Themen sollen 2006 behandelt werden?
Herr Hastrich erklärt, die Stadt Bergisch Gladbach sei in der Gesundheitskonferenz nicht vertreten. Die kreisangehörigen Kommunen hätten in der Gesundheitskonferenz einen Sitz. Dieser werde vom Beigeordneten der Gemeinde Burscheid wahrgenommen. Wegen der Themen könnten die Tagesordnungen beschafft werden; die Stadt werde über die Beratungen informiert.

Frau Schöttler-Fuchs schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18.38 Uhr. <-@